

frischluft



WAS WOLLEN WIR?



16. JULI
ABSTIMMUNG
BÜRGER-
BEGEHREN

10-H-REGEL: NEIN

IGU setzt auf Windräder
in Gramschatz
.....
Seite 2

NACHGEFRAGT

Sechs Fragen
an Alfons Konrad
.....
Seite 6

NETTO: „JEIN“

IGU verzichtet auf
Stimmempfehlung
.....
Seite 7



EINSTEIGEN BITTE!

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger

Am 16. Juli ist in Rimpar Abstimmungssonntag. Es geht um zwei Bürgerbegehren. Zur Diskussion stehen der Nettomarkt in Maidbronn sowie zwei Windräder in Gramschatz. Zu beiden Projekten sagt der Gemeinderat Ja – einmal einstimmig (Nettomarkt), einmal mehrheitlich (Windräder). Die Windradkritiker und -gegner fordern in ihrem Begehren die Einhaltung der 10-H-Regelung (eine Regelung, die es nur in Bayern gibt ... und die neue Windkraftanlagen praktisch verhindert). Die Gemeinde nutzt die in dieser Regelung vorgesehene Gestaltungsmöglichkeit (sie kann Ausnahmen in ihrer Bauleitplanung festlegen). Und das ist völlig rechtens. Letztlich betreiben die Windkraftgegner eine Vogel-Strauß-Politik. Die wichtigen, großen Zusammenhänge (siehe auch Beitrag „Uruguay blamiert Bayern“) blenden sie einfach aus.

Die Initiatorinnen und Initiatoren des Bürgerbegehrens in Maidbronn wollen „keinen Discounter“ auf dem Grundstück hinter der Bushaltestelle Albin-Jörg-Straße.

Was will die IGU? Eine Frage, zwei Antworten. Erste Antwort: Ja, wir stehen zu den Windrädern in Gramschatz. Sie sind uns wichtig. Wir wollen weder Braunkohle- noch Atomenergie. Wir wollen – und das ist unverrückbar - die Energiewende. Wir wollen das Klima schützen, das immer mehr kippt (hängt eng mit dem Verbrauch von Erdöl, Erdgas und Kohle zusammen), die Erderwärmung wieder auf ein vernünftiges Maß zurückführen. Darum: Ein überzeugtes Nein zu diesem Bürgerbegehren.

Zweite Antwort: Das Projekt „Nettomarkt“ in Maidbronn ist innerhalb des IGU-Vorstandes umstritten. Es gibt zwei Meinungen, ein Dafür

und ein Dagegen. Beide haben ihre Berechtigung. Darum: Keine Stimmempfehlung.

Zugegeben, die zwei Initiativen haben uns gehörig auf Trab gehalten, auch schlaflose Nächte bereitet. Sie zwangen uns, die eigenen Positionen zu hinterfragen.

Die IGU findet Bürgerinitiativen ein gutes und legitimes Mittel, um Unzufriedenheit mit der Politik kundzutun. Sie sind in unserem Geiste. Wir brauchen unbedingt mehr Basisdemokratie. Bei wichtigen Projektentscheidungen sollen und müssen – auch wenn wir in Deutschland eine repräsentative und nicht eine direkte Demokratie haben – die Bürgerinnen und Bürger mitentscheiden können. Die Zeit der „Basta-Entscheidungen“ ist vorbei.

Hinter beiden Initiativen steckte viel Herzblut, zuweilen schon fast missionarischer Eifer. Auf der Strecke blieben die Gesprächsbereitschaft, ab und zu auch die sachlichen Argumente. Verschiedene „böse“ Mails von Gegnern wie Befürwortern gingen hin und her. Ton und Aussage lagen nicht selten unter der berühmten Gürtellinie. Die Stimmung in den Ortsteilen litt. Einigen Leuten fiel das Grüßen plötzlich schwer. Sogar Freundschaften sollen in die Brüche gegangen sein.

Wie auch abgestimmt wird – bei beiden Initiativen – die IGU akzeptiert die Entscheidungen... und will ihren Teil zu einem (wieder) friedlichen und respektvollen Miteinander beitragen.

Gehen Sie an die Urne, stimmen Sie ab, tun Sie Ihre Meinung kund! Unbedingt ...

Mit herzlichen Grüßen

Bettina Bötsch und Xaver Schorno

PS: Öffnungszeiten der Wahllokale:

Sonntag, 16. Juli, 8.00 bis 18.00 Uhr
(Briefwahl muss beantragt werden).



DIE ZAHL

18 Millionen Kilowattstunden sollen die beiden Windräder (Typ: Vestas V136-3,45 MW) jedes Jahr an Strom produzieren. Das deckt mehr als den gesamten Strombedarf aller Rimparer Privathaushalte (inklusive Ortsteile). Das ist zirka das 90-fache der Stromproduktion sämtlicher gemeindlicher Photovoltaik-Anlagen. Um die gleiche Strommenge zu produzieren, würde man täglich zwei LKW-Ladungen (26 Tonnen) Braunkohle benötigen ... oder das 6-fache der gesamten jährlichen Holzentnahme aus dem Rimparer Gemeindewald ... oder 900 Hektar Maisanbau (Biogasanlage). (wp)

10-H-REGEL – DER BAYERISCHE IRRWEG

Gemäß der sogenannten 10-H-Regelung hängt die Privilegierung von Windenergieanlagen (WEA) nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch (BauGB) davon ab, dass diese einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu geschützten Wohngebäuden einhalten, die aufgrund der 10-H-Regelung im Außenbereich lässig sind, können Gemeinden durch einen Bebauungsplan Baurecht schaffen. Die 10-H-Regelung im Außenbereich einschränkt, aber keinesfalls schreibt (zitiert aus Anwendungshinrichtung).

Die 10-H-Regel gibt es nur in Bayern, nicht in den anderen 15 Bundesländern. Im Regionalplan Würzburg würde sich unter Einhaltung dieses Mindestabstands bei den heute üblichen Windrädern die verbleibende Fläche für Windkraftanlagen von 1,2 Prozent auf zirka 0,12 Prozent ein weiterer Ausbau von Windkraftanlagen wäre damit praktisch ausgeschlossen. (wp)

genannten 10-H-Regelung hängt die Privilegierung von Windenergieanlagen (WEA) nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 Baugesetzbuch (BauGB) davon ab, dass diese einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu geschützten Wohngebäuden einhalten, die aufgrund der 10-H-Regelung im Außenbereich lässig sind, können Gemeinden durch einen Bebauungsplan Baurecht schaffen. Die 10-H-Regelung im Außenbereich einschränkt, aber keinesfalls schreibt (zitiert aus Anwendungshinrichtung).

Die Gemeinden sind hier nicht an den Abstand im Außenbereich lässig sind, können Gemeinden durch einen Bebauungsplan Baurecht schaffen. Die 10-H-Regelung im Außenbereich einschränkt, aber keinesfalls schreibt (zitiert aus Anwendungshinrichtung).

den anderen 15 Bundesländern. Im Regionalplan Würzburg würde sich unter Einhaltung dieses Mindestabstands bei den heute üblichen Windrädern die verbleibende Fläche für Windkraftanlagen von 1,2 Prozent auf zirka 0,12 Prozent ein weiterer Ausbau von Windkraftanlagen wäre damit praktisch ausgeschlossen. (wp)

UMSTELLUNG AUF ERNEUERBARE ENERGIEN EIN MUSS URUGUAY BLAMIERT BAYERN

Die Situation ist alarmierend. In Teilen der Weltregionen sind die Lebensgrundlagen längst zerstört worden. Menschliches Leben ist dort nicht mehr möglich ... oder das Zusammenleben gestört. Beispiele sind die großen radioaktiv verseuchten Gegenden um Tschernobyl oder Fukushima; die Erdölregionen in Syrien, Irak, Sudan, wo die Konflikte um Rohstoffe längst in schlimmste Kriege eskalierten; die Vergiftungen und Naturzerstörungen um Rohstoffabbaugebieten; Metropolen mit massenhaft Lungenkrebs und Herz-/Kreislauf-Erkrankungen erzeugenden Luftverschmutzungen. Nicht genug: Die bei weitem furchtbarsten Auswirkungen auf menschliches Leben auf der Erde hat die drastische Erderwärmung, die über den Verlust von landwirtschaftlichen Flächen infolge Austrocknung, Versalzung, Verendung der Viehherden oder Meeresspiegelanstieg heute schon Abermillionen Klimaflüchtlinge erzeugt hat.

Emissionsfreie Weltwirtschaft

Die Weltgemeinschaft strebt daher mit dem Pariser Klimaschutzabkommen einen Stopp der Erderwärmung bei 1,5°C (maximal 2°C) Erwärmung über dem vorindustriellen Niveau an. Doch was das wirklich bedeutet und was man wirklich tun muss, um 2°C (besser 1,5°C) nicht zu überschreiten, ist kaum jemandem bewusst. Die Erde hat 2016 bereits ein Hitzeneveau von 1,3°C erreicht, was bedeutet, dass sich die Weltgemeinschaft eigentlich keine Emission mehr erlauben darf, wenn die Pariser Ziele wirklich eingehalten werden soll. Wichtigster Einzelpunkt in einer solchen Strategie ist die Umstellung auf eine emissionsfreie Weltwirtschaft, wobei eine Vollversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien darin den effektivsten und wichtigsten Beitrag liefern muss, denn ohne diese vollständige Umstellung ist wirksamer Klimaschutz nicht möglich. Immerhin ist die Nutzung von Erdöl, Erdgas und Kohle mit zirka 80 Prozent aller Klimagasemissionen verbunden. Ohne schnelle Umstellung der Weltenergieversorgung bis spätestens 2030 ist die Einhaltung der Pariser Klimabeschlüsse also völlig utopisch.

Vollversorgung möglich

Für eine Vollversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien müssen alle Arten von Erneuerbaren Energien in Verbindung mit allen Arten von Speichertechnologien genutzt werden. Den mengenmäßig größten Anteil werden die heute schon billigste Art der Stromerzeugung, die Solar- und Windenergie liefern. Da sie aber fluktuierend vom Wetter abhängen, werden Wasserkraft, Geothermie, Bioenergien und Meeresenergien ebenfalls einen erheblichen Anteil liefern müssen und können. Zusätzlich zu diesen verlässlichen, vom Wetter

weniger abhängigen, Erneuerbaren Energien, ist die große Vielfalt der Speichertechnologien unverzichtbar: Pumpspeicherkraftwerke, zum Beispiel auch in aufgelassenen Bergwerken; Batterien, in all ihrer Vielfalt – zum Beispiel Lithium-Ionen, Redox Flow ; „power to gas“ und „power to liquid“; Schwungradspeicher. Sie alle werden benötigt, um den Schwankungsausgleich von Solar- und Windenergie zu schaffen. Intelligent mit modernster IT-Technologie zusammengeschaltete Erneuerbare Erzeugung und Speichertechnologien werden einen bisher nicht erreichten Grad an Systemsicherheit schaffen. Es gibt inzwischen genügend Beispiele weltweit, die belegen, dass dies machbar ist und bestens funktioniert.

Uruguay geht voran ...

In vielen Ländern der Welt gibt es Regierungsbeschlüsse, die Energieversorgung in wenigen Jahrzehnten auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzustellen. Auch in Deutschland gibt es ähn-

Nur mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien kann das Weltklima vor dem Kollaps bewahrt werden. Dazu ist (auch) der schnelle, gezielte Windenergieausbau – verteilt auf möglichst alle Regionen Deutschlands – unverzichtbar.



Unverzichtbar: Wind- und Sonnenenergie

liche politische Beschlüsse von Kommunen und Landkreisen. Der Landkreis Würzburg gehört leider noch nicht dazu, hat sich die Förderung der Windkraft aber mit einem energiepolitischen Leitbild bereits 2013 auf die Fahnen geschrieben. Weltweit haben bereits tausende Städte als Ziel 100 Prozent Erneuerbare Energien beschlossen, darunter Metropolen wie Vancouver, San Francisco, München, Frankfurt, Barcelona, Genf, Doha, Sydney und viele mehr.

Ganze Nationen wie Schweden, Dänemark und Island haben solche Beschlüsse gefasst. Einige wie Costa Rica, Uruguay, Nicaragua haben dies im Stromsektor schon erreicht oder stehen kurz davor. Uruguay zum Beispiel produziert heute schon 95 Prozent seines Stromes aus Windkraft. Bayern schafft es aktuell gerade mal auf ca. drei Prozent.





Braunkohle: Beim Abbau wird viel Natur zerstört. Und: Der CO₂-Ausstoß beim Verbrennen der Kohle ist „Gift“ für das Klima



Ausgetrocknete Erde: Die Klimaveränderungen zerstören ganze Landstriche



Auf der Klimakonferenz in Marrakesch 2016 hat die Gruppe der 48 am meisten vom Klimawandel bedrohten Staaten beschlossen, spätestens bis 2050 auf 100 Prozent Erneuerbare Energien umzustellen.

Große Persönlichkeiten wie der Hollywood-Schauspieler Leonardo di Caprio werben offensiv für 100 Prozent Erneuerbare Energien und inzwischen sogar für eine globale Abkühlung statt weltweite Aufheizung auf 2° C.

Bremser Bayern

Von dieser starken Klimaschutzweltbewegung hat sich der einstige Vorreiter Deutschland längst verabschiedet. Inzwischen steigen in Deutschland trotz der Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens sogar die CO₂-Emissionen wieder, insbesondere, weil der Ausbau der Erneuerbaren Energien von der Bundesregierung massiv eingeschränkt wurde. Der einstige Vorreiter Bayern ist sogar zum stärksten Bremser für den Ausbau der Erneuerbaren Energien geworden. Die Ursache liegt in verschiedenen Gesetznovellen in Bund und Land, die insbesondere von der CSU initiiert wurden (die 10-H-Regelung zum Beispiel). Neuanträge für den Bau von Windkraftanlagen gibt es in Bayern kaum mehr. Und dort, wo die sehr selten gewordenen Baugenehmigungen noch vorangetrieben werden, gibt es massive Bürgerproteste. So auch in der Marktgemeinde Rimpar.

Argumente nicht haltbar

Dabei sind die meisten Argumente der Windkraftgegner nicht haltbar. Lärmemissionen aus Windkraft werden gesetzlich unter einem Niveau gehalten, das weit unter vielen anderen Lärmquellen, wie zum Beispiel dem Straßenverkehr liegt. In Rimpar und Gramschatz etwa liegt der vom Straßenverkehr erzeugte Lärm über der 100-fachen Schallintensität der Windräder. Schattenwurf wird auf wenige Minuten im Jahr so stark

begrenzt, dass der öfter bedeckte Himmel mithilft, dass der Schattenwurf oft viele Jahre lang nicht das angeblich betroffene Haus treffen kann. Gesundheitliche Auswirkungen durch Windkraft-Infraschall sind in der Wissenschaft gänzlich unbekannt. Dagegen verursacht der hohe Schadstoffausstoß aus Kohlekraftwerken in der EU jährlich 23 000 Krebstote. Die Leukämiefälle von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken (auch Grafenrheinfeld) sind nur zu bekannt. Auch die Verteufelung von Windkraftanlagen als Vogelschredderanlagen ist haltlos. So hat die Population der Rotmilane parallel zum Ausbau von Windkraft in Deutschland seit vielen Jahren sogar zugenommen. Und die als windkraftsensibel geltenden Vogelarten Schwarzstorch, Uhu, Seeadler und andere konnten aus der roten Liste der gefährdeten Vogelarten gestrichen werden, trotz des starken Windkraftausbaus.

Zu wenig Erneuerbare Energien

Noch immer liefern die Atomkraftwerke, selbst nach Abschalten von Grafenrheinfeld, fast 40 Prozent der Stromversorgung in Bayern. In fünf Jahren, dem Jahr 2022, müssen nach Atomausstiegsgesetz alle Atomkraftwerke abgeschaltet sein. Einen Ausbau der Erneuerbaren Energien gibt es in Bayern aber nicht mehr nennenswert, insbesondere, weil in Bayern der Windkraftausbau fast beendet wurde oder von Antiwindkraft-Initiativen verhindert wird. Erneuerbare Energien können also die abzuschaltenden großen Atomstrommen in den nächsten Jahren nicht ersetzen. Wo soll dann in fünf Jahren der Ersatz des Atomstromes herkommen? Aus Kohle- oder Erdgaskraftwerken? Dann steigt der bayerische CO₂-Ausstoß extrem stark an. Alleine Bayern würde die deutschen Verpflichtungen zum Pariser Klimaabkommen völlig zunichte machen. Oder werden wir dann, wie schon von der CSU 2010 mit durchgesetzt, die nächste Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke sehen?

Klima- und Kriegsflüchtlinge

Die Zeit ist endgültig reif: Die Weltgemeinschaft braucht inklusive Deutschlands eine offensive Politik und gesellschaftliche Bewegung für die schnelle Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien. Andernfalls werden immer weitere Teile der Welt im Chaos der Kriege um die letzten fossilen Rohstofflagerstätten und der Welterwärmung versinken. Die heute schon 20 Millionen Klima- und Kriegsflüchtlinge sollten uns Mahnung genug sein, endlich alle Blockaden gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu lösen und die Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbare Energien auch in Deutschland spätestens bis 2030 zu vollenden.
Hans-Josef Fell, Hammelburg, Bundestagsabgeordneter 1998-2013, Präsident der Energy Watch Group

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN

IGU: VORREITER FÜR SOLARENERGIE

Seit über 20 Jahren, lange bevor man in der Politik von der „Energiewende“ sprach, setzt sich die IGU unter dem Motto „Global denken, lokal handeln“ für den Ausbau Erneuerbarer Energien vor Ort ein.

Die IGU war Vorreiter für die Nutzung von Solarenergie und hat Rimpar als „Solarhochburg“ bekannt gemacht. Durch ihr Mitwirken im Gemeinderat sind in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen im Ort zur Energieeinsparung, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Nutzung Erneuerbarer Energien erfolgt. Beispiele hierfür sind Photovoltaikanlagen auf gemeindlichen Gebäuden, die energetischen Sanierungen von Schulen und Kindergärten, die Hackschnitzelzentrale an der Turnhalle „Neue Siedlung“, die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED und bald auch das Nahwärmenetz mit einer Hackschnitzelheizung an der Maximilian-Kolbe-Schule.

Auch in Sachen Elektromobilität möchte die Gemeinde Vorbild und Vorreiter sein. Und: Ein „Energiecoach“ hat die örtliche Situation untersucht und weitere Handlungsfelder für eine lokale Energiewende aufgezeigt.

Weitere Maßnahmen notwendig

Dies alles sind (kleine) Schritte in die richtige Richtung. Um aber eines Tages den gesamten Energiebedarf einer Gemeinde mit Erneuerbaren Energien decken zu können, im Sinne einer rechnerischen Energieautarkie, bedarf es noch vieler weiterer Maßnahmen. Die Errichtung von Windrädern in der eigenen Gemeinde stellt dabei einen richtig großen Schritt dar. Rein rechnerisch könnten mit den zwei geplanten Windrädern in Gramschatz sämtliche Privathaushalte der Gemeinde Rimpar (inklusive Gramschatz und Maidbronn) mit Strom versorgt werden.

Standort „Meilenhöhe“

Der jetzt zur Diskussion stehende Standort „Meilenhöhe“ wurde schon vor vielen Jahren als die geeignetste Fläche für Windkraft innerhalb der Gemeinde ausgewiesen. Im Regionalplan Würzburg wurde sie als einziges auf Gemeindefläche befindliches „Vorranggebiet“ aufgenommen.

Wollte man einen 10-fachen Abstand zur Wohnbebauung einhalten, könnten (außer im Gramschatzer Wald) keine wirtschaftlich sinnvollen Windräder gebaut werden. Das Ziel einer (rechnerisch) energieautarken Gemeinde bliebe ein Lippenbekenntnis und wäre wohl nie zu erreichen.

Willy Pototzky



Die IGU machte in den 90er-Jahren Rimpar zur zwischenzeitlichen „Solarhochburg“

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete

- „In den Vorranggebieten für die Errichtung von raumbedeutsamen Windkraftanlagen (Vorranggebiete für Windkraftnutzung) hat die Nutzung der Windenergie Vorrang gegenüber anderen konkurrierenden Nutzungsansprüchen. In den Vorranggebieten für Windkraftnutzung sind andere raumbedeutsame Nutzungen ausgeschlossen, soweit diese mit der Windkraftnutzung nicht vereinbar sind“ (Regionalplan Würzburg, S. 11).
- Von 22 im Regionalplan Würzburg (Landkreise Würzburg, Main-Spessart, Kitzingen) ausgewiesenen Vorranggebieten gibt es nur eines, das sich zum Teil auf Rimparer Gemeindefläche befindet, das WK5 „Südwestlich von Binsbach“.
- „In den Vorbehaltsgebieten für die Errichtung von raumbedeutsamen Windkraftanlagen (Vorbehaltsgebiete für Windkraftnutzung) soll der Errichtung überörtlich raumbedeutsamer Windkraftanlagen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beigemessen werden“ (Regionalplan Würzburg, S. 12).
- Von den ausgewiesenen Vorbehaltsgebieten gibt es ebenfalls nur eines, das sich auf Rimparer Gemeindefläche befindet, das WK 35 „Westlich Rimpar“.

(wp)

WINDKRAFTNUTZUNG



**Alfons
Konrad,**
1. Vorstand
Bürger-
windpark
Jobsthaler
Höhe eG i.G.

Nachgefragt ...

Was versteht man unter einem Bürgerwindrad?

Das ist ein Windrad, das die Bürger vor Ort betreiben und dessen Ertrag an die beteiligten Bürger verteilt wird. Dadurch erhoffen sich manche, den Widerstand gegen Windräder verringern zu können. Das dies nicht automatisch gelingt, dafür ist Gramschatz ein Beispiel. Fehlt die Vision der lokalen Selbstversorgung, ist es aufgrund der 10-H-Regelung äußerst schwierig, einen Kompromiss zwischen Befürwortern und Kritikern der Energiewende zu finden. Im April 2013 hatten wir schon einmal einen Kompromiss mit der Bürgerinitiative (BI) Binsbach gefunden. Den Kompromiss von 1400 Metern Abstand zum Ortsrand haben wir bei unseren Planungen berücksichtigt. Leider wurde dieser Kompromiss von der BI Binsbach offensichtlich aufgekündigt.

Kann man die Windräder nicht einfach kleiner bauen, so dass die 10-H-Abstandsregelung eingehalten wird?

Der Bau von kleineren Windrädern ist natürlich technisch möglich. Eine Faustregel sagt, dass pro Meter Höhe der Stromertrag bis zu einem Prozent steigt. Bezogen auf Gramschatz bedeutet dies, dass bei einer Reduzierung der Nabenhöhe, zum Beispiel auf 90 Meter, der Ertrag sich mindestens um 60 Prozent verringert. Dieser Minderertrag entsteht ausgerechnet dann, wenn wenig Wind herrscht und erfahrungsgemäß wenig sauberer Strom zur Verfügung steht. Das heißt, niedrigere Windräder stehen öfter still und erzeugen gerade bei wenig Wind deutlich weniger Strom. Bei starkem Wind ist die Leistung allerdings fast genauso hoch. Da die Leistungsschwankungen der Windräder im Stromnetz auszugleichen sind, entsteht bei niedrigeren Windrädern ein zusätzlicher Aufwand. Es würden folglich noch mehr Stromspeicher und Reservekraftwerke benötigt.

Wer profitiert von einem Bürgerwindrad?

Der Betrieb eines Bürgerwindrads ist ein Gewerbe. Den Menschen vor Ort wird die Möglichkeit eingeräumt, sich vorrangig daran zu beteiligen. Da dieses Gewerbe in unserem Fall von Menschen vor Ort aufgebaut wird, kann man grundsätzlich auf einen wirtschaftlich sinnvollen Betrieb vertrauen.

Kann man sich noch beteiligen?

Eine Beteiligung ist erst dann sinnvoll, wenn absehbar ist, dass die erforderlichen Genehmigungen erteilt werden. Vorrangig können sich neben den Grundstückseigentümern alle Einwohner des Marktes Rimpar, der Stadt Arnstein und der Gemeinde Hausen beteiligen. Unabhängig ob Befürworter oder Kritiker.

Welche Rendite ist zu erwarten?

Eine konkrete Aussage zur Rendite ist derzeit nicht möglich, da der Preis für den erzeugten Strom erst im Rahmen einer Ausschreibung garantiert wird. Die Genossenschaft wird sich erst nach dem Vorliegen der Baugenehmigung an einer Ausschreibung beteiligen. Geplant ist, dass sich die Einlage innerhalb von 20 Jahren verdoppelt, was einer Verzinsung von zirka fünf Prozent entspricht. Die Sorge, dass die Windräder unwirtschaftlich sein könnten, habe ich nicht. Sie werden nur dann gebaut, wenn der wirtschaftliche Betrieb mit realistischen Zahlen prognostiziert werden kann.

Was werden Sie tun, wenn sich die Mehrheit der Bürger gegen die Windräder ausspricht?

Eine Ablehnung täte mir sehr leid, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger des Marktes Rimpar, die sich bisher für die Energiewende vor Ort engagiert haben. Der Markt hat bereits viele nachahmenswerte Schritte zur sauberen Energieversorgung unternommen. Beispielsweise die Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung oder die Wärmeversorgung vieler öffentlicher Gebäude mit Holzhackschnitzeln. Im letzten Jahr hat die Marktgemeinde über 30 000 Euro Gewinn aus seinen auf den öffentlichen Gebäuden installierten Photovoltaikanlagen erwirtschaftet. Die Energiewende kann also einer Kommune auch finanziell helfen. Das Projekt „Meilenhöhe“ ist für Rimpar ein riesiger Schritt auf dem Weg zu einer autarken, sauberen Energieversorgung. Wenn dieser durch den Willen der Mehrheit der Bürger verhindert wird, ist dies ein erheblicher Rückschlag für die Energiewende vor Ort. Sollte es zu einem Nein kommen, entscheidet die Genossenschaft über das weitere Vorgehen. Ich gehe aber davon aus, dass sie sich dann auflösen wird.

Interview: Willy Pototzky



IMPRESSUM

Nr. 52, Juli 2017 /
Herausgeber: Interessengemeinschaft Umwelt (IGU), Am Scheuerberg 12, 97222 Rimpar /
Erscheint jährlich zwei- bis dreimal / Schlussredaktion: Xaver Schorno, xaver.schorno@igu-rimpar.de / MitarbeiterInnen: Bettina Bötsch, Wolfram Bieber, Robert Bundschuh, Hans-Josef Fell, Alfons Konrad, Willy Pototzky, Alexander Weißner / Gestaltung: Ingrid Schinagl / Druck: rainbowprint / Fotos: fotolia.com, Konrad, Pixabay, Schorno.

KEINE STIMMEMPFEHLUNG

Nettomarkt: Ja und Nein



Netto
Marken-Discount



Die vier IGU-Gemeinderäte haben im Gemeinderat für den Nettomarkt gestimmt. Das ist so. Sie haben das mit bestem Wissen und Gewissen getan. Im Vorstand allerdings war und ist dieses Projekt heftig umstritten. Es gab viele Diskussionen. Die Meinungen blieben geteilt.

Wir mussten lernen, dass man nicht alles immer auf eine einheitliche Meinung trimmen kann, akzeptieren muss, dass es auch innerhalb einer Interessengruppe andere Meinungen gibt ... und die grundsätzlich auch nicht falsch sind. Vorstand und Räte sind sich inzwischen einig: Die IGU ist ein offener, undogmatischer Verein, wo auch kontroverse Meinungen ihren Platz haben. Und: Wir sind ebenso überzeugt, dass ein imperatives Mandat in der Gemeindepolitik wenig Sinn macht.

Der IGU-Vorstand (dem auch die vier Räte angehören) hat sich deshalb entschlossen, keine Stimmempfehlung für oder gegen den Nettomarkt abzugeben.

Er ist aber der Meinung, dass die vorliegende Bürgerinitiative mit über 700 gültigen Unterschriften der richtige Weg ist, um sich gegen einen Entscheid des Gemeinderates zu wehren. Die IGU steht voll und ganz hinter dieser Form der direkten Demokratie. Es gibt Gründe für einen Markt und es gibt Gründe, die dagegen sprechen (jeweils aus unserer Sicht).

Die Pro-Argumente:

- Die Versorgungssicherheit in Rimpar ist mittelfristig (nach dem Edeka-Aus) nur noch bedingt gewährleistet. Und: Sicher ist auch nicht, ob der Rewe-Markt am heutigen Standort bleibt. Diskussionen über die profitable Größe jedenfalls sind bereits im Gange.

- Fehlende Einkaufsmöglichkeiten beziehungsweise Infrastrukturen führen bei kleineren Gemeinden / Ortsteilen erwiesenermaßen zu einem Aussterben des Altortkerns. Bei den vielen Ilek-Treffen (integriertes ländliches Entwicklungskonzept) wurde das immer wieder bestätigt.
- Der Bau eines Einkaufsmarktes an dieser Stelle würde den Bau einer weiteren Brücke erleichtern (vor allem finanziell). Ziel des Brückenbaus: Bessere und (gerechtere) Verteilung des Verkehrs.
- Ältere, nicht mehr mobile Bürger können ohne Fremdhilfe einkaufen.
- Einkaufsmöglichkeit im Ortsteil fördert den Zuzug von Familien (Bickelsgraben).

Die Kontra-Argumente:

- Ein so großer Baukomplex stört das Landschaftsbild, den dörflichen Charakter Maidbronn.
- Die Versiegelung einer Fläche von mindestens 1000 Quadratmetern in einem Überschwemmungsgebiet ist problematisch.
- Wertvoller Lebensraum für Mensch und Tier geht verloren.
- Der Nettomarkt ist nicht unbedingt der Laden, den wir uns in Rimpar wünschen (Billigdiscounter, problematische Arbeitsbedingungen).
- Zum ohnehin schon hohen Verkehrsaufkommen in Maidbronn käme der Anlieferungsverkehr durch Schwerlasten noch hinzu.
- Mit der Rewe hat der Ortsteil bereits eine Einkaufsmöglichkeit in unmittelbarer Nähe.

Bei so einer Abstimmung geht es freilich nicht nur um das Durchsetzen von Meinungen und Interessen. Fast wichtiger ist die Auseinandersetzung mit den Dingen rund herum um einen solchen Entscheid. Etwa das Nachdenken über die Lebensmittelindustrie, über deren Sinn und Unsinn. Das Nachdenken über unsere eigenen Ess- und Einkaufsgewohnheiten. Das Nachdenken über alternative Versorgungskonzepte in der Gemeinde (genossenschaftlicher Dorfladen, Eine-Welt-Laden). Das Nachdenken über sinnvolle Baugebiete (käme, in diesem Fall, eventuell auch eine Rückzonung in landwirtschaftliche Fläche in Frage?). Das Nachdenken über unser persönliches Engagement in der Gemeindepolitik. Das Nachdenken über die Zusammenhänge der globalen Weltwirtschaft. Das Nachdenken über Mobilität und Nichtmobilität.

Xaver Schorno



**WER
SIND
WIR?**

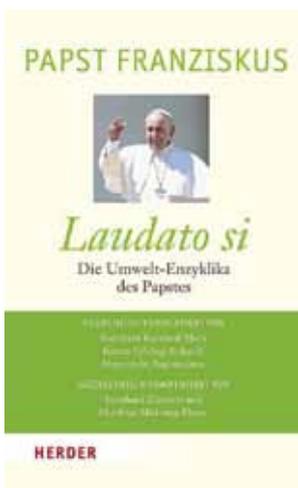
Die Rimparer Liste-IGU ist als unabhängige Wählervereinigung seit 21 Jahren im Gemeinderat vertreten. In dieser Zeit hat die IGU Pionierleistungen erbracht, die weit über die Dorfgrenzen hinaus bekannt geworden sind (z.B. die Förderung der Solarenergie). Die IGU ist Spezialist für die Umwelt, aber nicht nur. Sie setzt sich genauso kompetent für Soziales, sinnvolle Verkehrslösungen, aktive Wirtschaftsförderung, Bildung und Kultur ein. Mehr Informationen unter: www.igu-rimpar.de



UMWELTENZYKLIKA

PAPST FORDERT UMDENKEN

In der Enzyklika „Laudato si“, die 2015 erschienen ist, entwickelt Papst Franziskus auf 222 Seiten eine ganzheitliche Ökologie, die sich nicht nur auf Natur- und Klimaschutz beschränkt, sondern auch das „große Ganze“ im Blick hat ... die Erneuerbaren Energien etwa.



Papst Franziskus hält es für dringend geboten, „politische Programme zu entwickeln, um in den kommenden Jahren den Ausstoß von Kohlendioxid und anderen stark verunreinigenden Gasen drastisch zu reduzieren“, zum Beispiel indem man „die Verbrennung von fossilem Kraftstoff ersetzt

und Quellen Erneuerbarer Energie entwickelt“. Der Papst erteilt damit hartnäckigen Klimawandel-Skeptikern eine Absage und betont in Übereinstimmung mit zahlreichen wissenschaftlichen Expertisen, „dass wir uns in einer besorgniserregenden Erwärmung des Klimasystems befinden“ und keineswegs so weitermachen können wie bisher. „Änderungen im Leben, in der Produktion und im Konsum“ sind gefordert, um die Erderwärmung und ihre Verursachung durch den Menschen zu bekämpfen. Sein Anliegen ist, dass die ökologische Krise stets im Zusammenhang mit den weltweiten sozialen Ungerechtigkeiten gegenüber den Armen, mit der Flüchtlingsproblematik oder mit der Gefährdung des inneren Friedens gesehen wird.

Ökologische Umkehr

Der Papst ermutigt in der Enzyklika zu einer „tiefgreifenden Änderung der Lebensstile“, zu „ökologischer Umkehr“, zu „universaler Geschwisterlichkeit“, zu „kleinen Gesten gegenseitiger Achtsamkeit“ und nicht zuletzt „zu bürgerlichem und politischem Leben im Engagement für den Aufbau einer besseren Welt“.

Was gemeinschaftlich möglich ist, zeigen die Mönche des Benediktinerklosters in Münsterschwarzach. Sie haben das erste energieautarke Kloster in der Neuzeit geschaffen, das seine Energie nahezu komplett regenerativ und selbst erzeugt (Holzschnitzel, Wasserkraft, Windkraft). (rb)

UNSERE WAHLEMPFEHLUNG

Bürgerbegehren

„Einhaltung der 10-H-Regelung für Windkraftanlagen

Sind Sie dafür, dass der Markt Rimpar sämtliche rechtlich zulässigen Maßnahmen ergreifen soll, um sicherzustellen, dass bei der Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Gebiet des Marktes Rimpar ein Abstand zur nächsten Wohnsiedlung vom 10-fachen der Höhe geplanter Windräder nicht unterschritten wird?“

Sie haben hier eine Stimme



Ja

Nein



Wenn Sie die Energiewende vor Ort weiter voranbringen wollen, wenn Rimpar niemals seinen gesamten Energieverbrauch auch selbst produzieren können soll (energieautarke Gemeinde), wenn auf der Meilenhöhe Bürgerwindräder entstehen sollen, dann stimmen Sie hier mit „Nein“.

10 Gründe für die Windkraft

AUF EINEN BLICK

- Der Flächenverbrauch im Vergleich zu anderen regenerativen Energieträgern (Biomasse) ist verhältnismäßig gering. Ein Windrad mit zwei MW (Megawatt) Leistung und zirka 0,5 Hektar Flächenverbrauch ersetzt 1044 Hektar Biomasse.
- Windkraft fließt in die regionale Wertschöpfung ein (beispielsweise Gewerbesteuer-Einnahmen für die Gemeinde).
- Es werden keine fossilen Brennstoffe während des Betriebs verbraucht.
- Der Betrieb verursacht keine klimaschädlichen CO₂-Abgase.
- Windkraftanlagen können problemlos zurückgebaut werden.
- Weitere Transportkosten während der Energieerzeugung fallen weg. Bei Kohle, Öl und teilweise Gas ist das nicht der Fall.
- Es entstehen keine Giftstoffe während der Energieerzeugung. Bei der Biomasse werden Dünger und Pestizide benötigt.
- Der Rohstoff (Wind) ist kostenlos und unabhängig von Rohstoffmärkten, die nicht kalkulierbar sind. Heizöl zum Beispiel bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 55 bis 95 Cent pro Liter.
- Windkraft macht Deutschland unabhängig von anderen Ländern (Gas aus Russland oder Norwegen, Öl aus Saudi-Arabien und so weiter). Mit Windkraftenergie sind „wir“ nicht erpressbar.
- Durch Feinstäube sterben in Deutschland jährlich 45 300 Menschen. Windkraft kann diese Zahlen reduzieren. Jedes Stück Kohle weniger verbrannt ... kann schon Leben retten.

TERMINE

Die **IGU für Rimpar** lädt am **Freitag, 21. Juli 2017** ab 19.30 Uhr alle Interessierten zu einem Stammtisch der besonderen Art ein: Lassen Sie sich mit herrlichem Blick über Rimpar verzaubern an einem Abend, der der Geselligkeit und der Poesie gewidmet ist. Am lilagrünen Weinberghäuschen vom Öko-Weingut Franziska Schömig am Kobersberg („links vom Kobel“) wollen wir Gedichten lauschen, die vom Sternenhimmel, vom Mond und romantischen Nächten erzählen. Bringen Sie doch Ihr Lieblingsgedicht mit! Natürlich gibt's auch lauschige Gespräche bei Wein und Brotzeit – für einen kleinen Imbiss ist gesorgt. Bei schlechtem Wetter findet der Stammtisch bei Familie Schorno, Am Scheuerberg 12 in Rimpar statt. Infos unter 09365 3254.

Alexander Weßner